

Gemeinde ERZHAUSEN

BESCHLUSS

der Sitzung (2. Lesung Haushalt) des Haupt- und Finanzausschusses
vom Donnerstag, den 03.12.2020.

2. **a) Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2019-2024**
b) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit -planung 2021
hier: Einbringung und Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss

Drucksache VI/361

Der Leiter der Finanz- und Steuerverwaltung Wilhelm Frese erläutert den aktuellen Sachstand des Haushaltsplanentwurfes 2021.

Die Ausschussmitglieder gehen auf die vorgelegten Anlagen ein.

In Zukunft solle man die „wünsch dir was-Liste“ umbenennen und die angemeldeten Mittel für die jeweiligen Maßnahmen nach Priorität sortieren.

In Folge der Beratungen ist man sich im Ausschuss einig, dass erst die Maßnahme der Verwaltung die noch nicht im Entwurf des Haushaltes vorgesehen ist zu beraten. Anschließend die Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Anträge der SPD-Fraktion und abschließend die Anträge der GfE-Fraktion:

Beschluss:

Online Zugangsgesetz

Antrag der Verwaltung

Kostenstelle 1203-001

Sachkonto 6101000

Ergebnishaushalt

Anhand der Mittelanmeldung vom Fachbereich vom 02.12.2020 sollen Mittel für die Umsetzung OZG n Höhe von 20.000 € im Haushalt verplant werden.

Laut „wünsch dir was-Liste“ stehen den Ausgaben ein Zuschuss in Höhe von 16.500 € entgegen.

Die Verwaltung möge klären, ob mit dem Zuschuss gerechnet werden kann.

Beratungsergebnis: Abgesetzt

Beschluss:

Ausländerbeirat

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1)

Kostenstelle 0101-012

Sachkonto 6010100

Ergebnishaushalt

Für die Tätigkeit des neu geschaffenen Ausländerbeirats Mittel in Höhe von 2.000€ als Sach- und Dienstleitung für die Konstituierung und die Aufnahme der Tätigkeit bereitzustellen

Begründung: Am 17.09.2020 wurde von der Gemeindevertretung beschlossen, dass ein Ausländerbeirat gewählt werden soll. Wenn der Ausländerbeirat gewählt ist und die Arbeit aufnimmt, entstehen Kosten, z.B. für Informations- und Arbeitsmaterial, das dem Ausländerbeirat für seine Arbeit zur Verfügung gestellt wird. Diese Kosten sollten im Haushalt 2021 berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Beschluss:

Aufnahme des Kinder- und Jugendparlaments ins Leistungsbild der Jugendförderung

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN 4)

Kostenstelle 1403-001

Sachkonto 6179000

Der Ansatz für Sach- und Dienstleistungen für die Kinder- und Jugendförderung soll um 2.000 € aufgestockt werden. Diese Mittel sind explizit für das Kinder- und Jugendparlament vorbehalten.

Begründung: Die Wahl des Kinder- und Jugendparlaments ist für das kommende Frühjahr geplant. Damit es seine Arbeit aufnehmen kann, wurden die Stellen der Kinder- und Jugendförderung aufgestockt. Für eine effiziente Arbeit sind aber auch Sachmittel und ggf. die Inanspruchnahme von Dienstleistungen notwendig.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)

Beschluss:

Anwaltskosten für die Baumaßnahme ICE Trasse

Mündlicher Antrag der SPD-Fraktion

Kostenstelle 0101-010

Sachkonto 6771000

Ergebnishaushalt

Für rechtliche Beratungen in Zusammenhang der Baumaßnahme ICE Trasse sind weitere 13.000 € einzuplanen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Beschluss:

Konzept zur Audiovisuellen Live-Übertragung der öffentlichen Gremiensitzungen

Antrag GfE-Fraktion 10.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, ein Konzept zur audiovisuellen Live-Übertragung der öffentlichen Gremiensitzungen (Gemeindevertretersitzungen, Ausschüsse, ggf. auch Bürgerversammlungen) im Internet zu entwickeln und im ersten Schritt zumindest für eine Audioübertragung kurzfristig umzusetzen.

Satzungen und Geschäftsordnungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse sind entsprechend anzupassen. Entsprechende Mittel in Höhe von 10.000€ sind im HH 2021 einzustellen.

Des Weiteren ist zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, diese Übertragungen zu speichern und im Nachgang öffentlich, für einen bestimmten Zeitraum – beispielsweise von 30 Tagen – zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluss wird mit eigener Drucksachenummer angelegt, um die entsprechende Beschlusskontrolle im Sitzungsdienst zu gewährleisten.

Das Konzept des Gemeindevorstands ist zur weiteren Beratung und Beschlussempfehlung dem Haupt- und Finanzausschuss direkt vorzulegen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat die Nutzung digitaler Kommunikationsangebote deutlich steigen lassen und auch zu mehr Akzeptanz geführt. Eine Übertragung der öffentlichen Gremiensitzungen im Internet stellt ein zeitgemäßes und niederschwelliges Angebot zur Teilnahme für interessierte Erzhäuserinnen und Erzhäuser dar. Weiterhin wäre es auch ein Schritt hin zu mehr Barrierefreiheit und setzt ein deutliches Signal für Transparenz und Bürgernähe. Interessierte Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht an den Sitzungen teilnehmen können, sind so in der Lage den Beratungen und Beschlüssen der öffentlichen Gremien von Erzhäusern zu folgen.

Die vorhandenen Sitzungsprotokolle geben außerdem den Debattenverlauf nicht oder lediglich in gedrängter Form wieder. Dieser Debattenverlauf ist allerdings für das Verständnis einer Entscheidung elementar wichtig. Eine Übertragung, egal ob lediglich im Audioformat oder in audiovisuelle Form mit Ton und Bild stellen diese Zusammenhänge her. Politisch Interessierte, Journalist:innen und Mandatsträger:innen können bei Krankheit, Terminen oder einfach aus Recherchegründen Sitzungen live verfolgen oder bei zusätzlicher Speicherung zeitunabhängig im Nachgang abrufen und sich ein eigenes Bild machen.

Beratungsergebnis: 2 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)

Beschluss:

Aufarbeitung Parket Bürgerhaus gr. Saal

Antrag GfE-Fraktion 15.

Kostenstelle 3104-101

Sachkonto 6161000

Ergebnishaushalt

Die eingeplanten Kosten für die Aufarbeitung Parket (3104-101) in Höhe von 15.000 € sind aus dem HH2021 zu streichen und in die Haushaltsplanung 2022 zu verschieben

Begründung:

Aufgrund der COVID19 Pandemie ist die aktuelle Vermietungssituation des gr. Saal stark zurückgegangen. Dies wird sicherlich auch noch für einen wesentlichen Teil des nächsten Jahres gelten. Daher sind die Investitionen in das Jahr 2022 zu verschieben.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)